

## Schreiben an alle Dienstseinheiten nach der Verhaftung von fünf Bürgerrechtlern

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wollten auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teilnehmen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die Stasi ging insbesondere gegen jene führenden Bürgerrechtler, die in der DDR bleiben wollten, mit aller Härte vor, fürchtete sich aber gleichzeitig vor Solidaritätsaktionen.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Da die Gegendemonstranten bereits im Vorfeld die Öffentlichkeit suchten, war das Vorhaben den Sicherheitsorganen frühzeitig bekannt. Mit einer Mischung aus Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen ergriffen sie Maßnahmen zur Absicherung der Kampfdemonstration bzw. zur Verhinderung "feindlicher" Handlungen. So wurden 150 Personen genötigt, ihr Fernbleiben von der Gedenkveranstaltung schriftlich zuzusichern.

Viele wurden in ihren Wohnungen festgehalten oder auf dem Weg zum Treffpunkt abgefangen. Dutzende Ausreisewillige wurden, zum Teil noch vor der Veranstaltung, innerhalb von 24 Stunden in den Westen abgeschoben. Die Staatssicherheitsorgane nahmen insgesamt über hundert Gegendemonstranten fest. Trotz aller Maßnahmen der Stasi gelang es Protestierenden jedoch am 17. Januar, in die Nähe des offiziellen Demonstrationzuges zu gelangen und ihre Transparente zu entrollen.

Ein Großteil der Festgenommenen wurde, auch dank der Bemühungen der evangelischen Kirche und landesweiten Solidaritätsbekundungen, bald wieder freigelassen. Dennoch konnte nicht verhindert werden, dass am 25. Januar fünf Ausreisewillige zu Haftstrafen bis zu über einem Jahr verurteilt wurden. Insbesondere jene führenden Bürgerrechtler, die in der DDR bleiben wollten, bekamen die Härte des Regimes zu spüren. So kam es am 25. Januar zu einer zweiten Verhaftungswelle.

Im vorliegenden Schreiben an alle Dienstseinheiten wies der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, alle Dienstseinheiten an, durch IM-Einsatz oppositionelle Reaktionen auf die Verhaftungen zu unterbinden und jegliche Solidarisierung mit den Opfern zu verhindern.

**Signatur:** BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8482, Bl. 1-3

### Metadaten

Datum: 25.1.1988

Schreiben an alle Dienstseinheiten nach der Verhaftung von fünf Bürgerrechtlern

103440

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK  
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT  
Der Minister

Berlin, 25. 1. 1988

19188

000001

Geheime Verschlusssache  
GVS-0008  
MfS-Nr. 4/88  
68 .Ausf. Bl. 1 bis -

Dienstseinheiten  
Leiter

Am 25. 1. 1988 wurden gegen die Initiatoren politischer Untergrund-  
tätigkeit Ralph HIRSCH, Wolfgang und Regina TEMPLIN, Bärbel BOHLEY  
und Freya KLIER Ermittlungsverfahren mit Haft (ADN-Meldung hierzu  
siehe Anlage) eingeleitet.

Angeichts dessen erlangen die in meinem Schreiben vom 21. 1. 1988  
gestellten grundsätzlichen Aufgaben besonderes Gewicht.

In der weiteren politisch-operativen Arbeit kommt es insbesondere  
darauf an, durch zielgerichteten Einsatz der IM und GMS

- die Reaktionen operativ bedeutsamer Personenkreise auf die  
erfolgten Festnahmen und anderen differenzierten Maßnahmen  
gegen diese Kräfte,
- Versuche der Neubildung feindlich-negativer Zusammenschlüsse,  
einschließlich solcher der sogenannten Arbeitsgruppe "Staats-  
bürgerschaftsrecht der DDR"

unter wirksamer politisch-operativer Kontrolle zu halten.

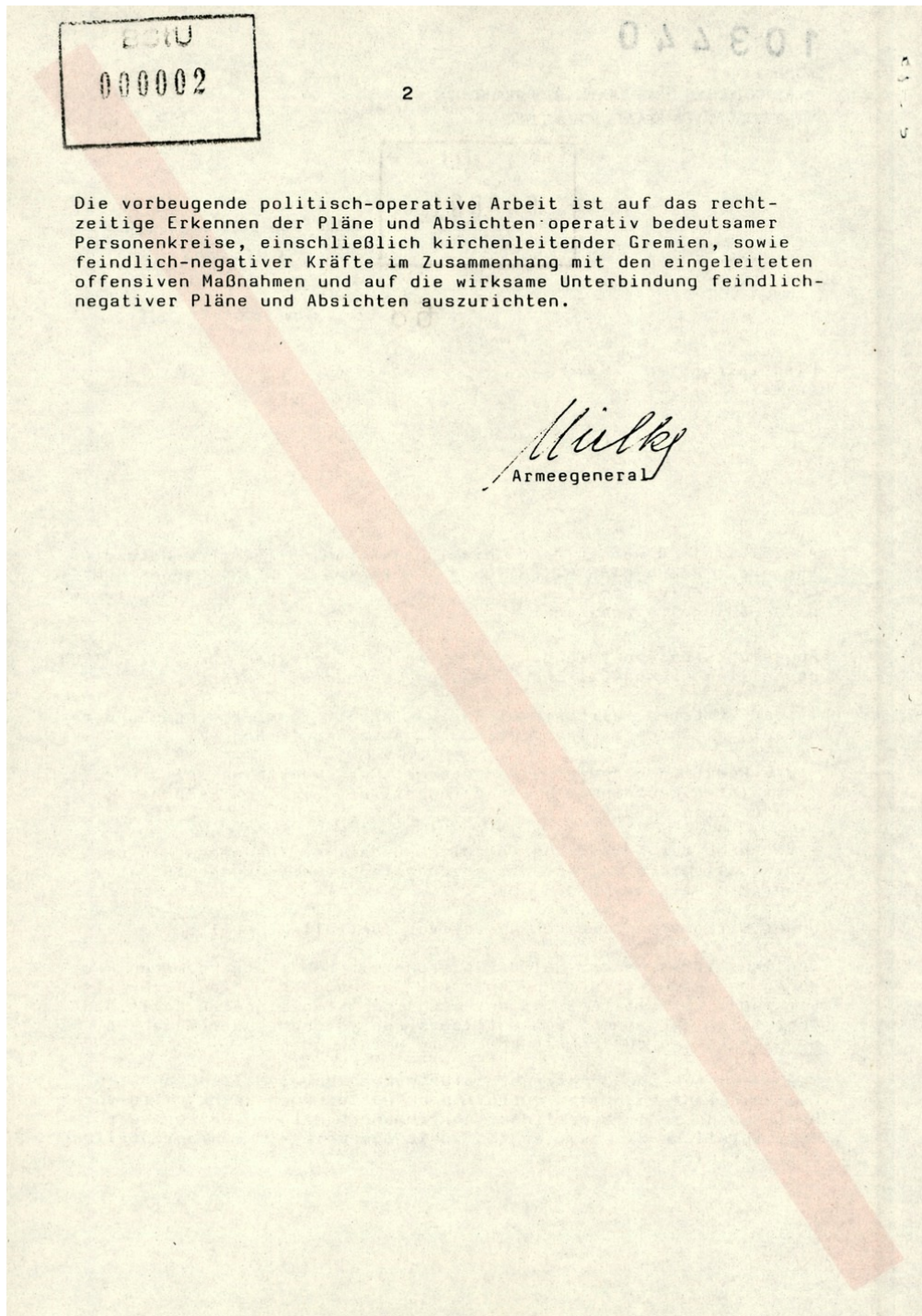
Jegliche Versuche der Solidarisierung mit den festgenommenen Per-  
sonen und andere feindlich-negative, insbesondere öffentlichkeits-  
wirksame, Aktivitäten sind unverzüglich mit geeigneten politisch-  
operativen Maßnahmen, bei Vorliegen des Verdachts der Begehung  
von Straftaten durch Festnahmen, zu unterbinden.

Nach Durchführung derartiger Sofortmaßnahmen, in allen anderen  
Fällen entsprechend den getroffenen Festlegungen rechtzeitig vor-  
her, haben die erforderlichen Abstimmungen mit den Leitern der  
Hauptabteilung XX bzw. der ZKG sowie dem Leiter der Hauptabteilung  
IX zu erfolgen.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8482, Bl 1-3

Blatt 1

## Schreiben an alle Dienstseinheiten nach der Verhaftung von fünf Bürgerrechtlern



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8482, Bl. 1-3

Blatt 2



## Schreiben an alle Dienstseinheiten nach der Verhaftung von fünf Bürgerrechtlern

